Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos. München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 35 — **München, 29. August 1930** — **17. Jahrgang**

1930 Wochenkalender 5690			
	Aug.	Elul	Bemerkungen
Sonntag	31	7	
Montag	Sept. 1	8	
Dienstag	2	9	
Mittwoch	3	10	
Donnerst.	4	11	
Freitag	5	12	
Samstag	6	13	כי תצא הפטרה רני עקרה (Jes. 54, 1—10) (P. R. 'פרק ב)

Das Jüdische Echo

Nummer 35 29. August 17. Jahrgang

Die Tagung des Zionistischen Aktionskomitees

Berlin, 25. August. (JTA.) Am Sonntag, den 24. August, 12 Uhr mittags, trat das Aktionskomitee der Zionistischen Weltorganisation zu einer Sitzung im Logenhaus zu Berlin zusammen. Die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Aktionskomitees haben sich zu dieser Session, in der politische wie wirtschaftliche, organisatorische und budgetäre Fragen von erster Wichtigkeit zur Behandlung kommen werden, in größerer Zahl als gewöhnlich eingefunden. Der Präsident der Zionistischen Weltorganisation, Dr. Chaim Weizmann, wohnte den ersten Sitzungen nicht bei; er wird am Montag um 4 Uhr nachmittags in der Sitzung des Aktionskomitees erscheinen und einen eingehenden politischen Bericht erstatten.

Dr. Ruppins Kolonisationsbericht

Als erster Punkt der Tagesordnung wird das Referat Dr. Ruppins über die kolonisatorische Arbeit in Palästina angesetzt.

Dr. Ruppin gibt ein Bild der wirtschaftspolitischen Arbeit der Exekutive in den fünf Monaten seit der letzten Sitzung des Aktionskomitees. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand die Tätigkeit von Sir John Hope Simpson. Die Exekutive hat Simpson eine Reihe von Memoranden und Materialien vorgelegt und er hat auch in Begleitung Dr. Ruppins die jüdischen Kolonien besichtigt. Wir haben Simpson gegenüber betont, daß schon die Verfasser des Mandats — wie aus dem Text hervorgeht — die Absicht hatten, eine Intensivierung der arabischen Wirtschaft zu befürworten, um für mehr Menschen Platz zu schaffen. Die Regierung hat aber nichts hierzu getan. Die Exekutive hat nun genaue Untersuchungen in einer Reihe von Gebieten durchführen lassen, und auf Grund des so gewonnenen Materials haben wir Simpson einen Plan bezüglich vier Distrikten vorgelegt, und zwar der Küstenebene, Hule, Beisan und Unteres Jordantal. In diesen vier Gebieten können wir etwa 55 000 Familien ansiedeln, ohne die gegenwärtigen arabischen Siedler von ihrem Boden zu verdrängen. Es gibt in diesen vier Gebieten 3—4 000 000 Dunam, davon beanspruchen wir 1 300 000 Dunam für jüdische Siedlung, wobei die Araber die Mittel erhalten, durch Intensivierung ihrer Betriebe mit dem restlichen Boden auszukommen. In der Küstenebene, die das wichtigste Gebiet darstellt, sind von 2 500 000 Dunam etwa 1 200 000 bewässerbar, davon 400 000 geeignet für Orangenbau. Wenn wir 800 000 Dunam bewässerbaren Bodens erwerben können, so genügt das zur Ansiedlung von 37 000 Familien in dieser Zone. Die 22 000 arabischen Familien, die jetzt diesen Boden sehr extensiv bewirtschaften, können mit Hilfe des Kaufpreises, den sie für ihren Boden von uns erhalten, sich von ihren etwa 1 000 000 Pfund betragenden Schulden befreien, so daß sie, da sie 25 Prozent Zinsen zahlen müssen, 250 000 Pfund jährlich ersparen. Weitere 2 000 000 Pfund des Kaufpreises können sie zur Verbesserung ihrer Betriebe verwenden, so daß sie nach Durchführung dieses teilweisen Bodenverkaufes ein besseres Einkommen haben als früher. Wir haben Simpson auch Material über die Industrie gegeben, die aus jüdischer Initiative in diesen zehn Jahren geschaffen wurde. Außer mit Simpson hat die Exekutive auch mit Herrn Strickland, demExperten für Kooperativen, zusammengearbeitet. Strickland hat seiner Bewunderung für die jüdische kooperative Arbeit in Palästina Ausdruck gegeben. Auch Simpson bezeugte dem jüdischen Werk und dem jüdischen Arbeiter seine Bewunderung.

Der Referent wendet sich dann der Lage der Kolonisation zu. Das letzte Jahr war sehr unbefriedigend, da einerseits die Mäuseplage einen großen Teil der Ernte vernichtet hat und Palästina auch an der großen landwirtschaftlichen Weltkrise teil hat, andererseits das Budget der Jewish Agency nicht eingehalten wurde, so daß nur etwa zwei Drittel der vorgesehenen Ausgaben gemacht werden konnten, worunter die Arbeit sehr leidet. Die wichtigste Frage, mit der die jüdische Kolonisation sich jetzt zu beschäftigen hat, ist die Erschließung von Märkten. Es wird beabsichtigt, hierfür einen eigenen Experten zu engagieren. Was die Verträge mit den Siedlern betrifft, haben wir uns auf einen Vertragsentwurf geeinigt, wonach der Siedler in den ersten fünf Jahren nichts zu zahlen hat, dann zehn Jahre lang eine Verzinsung von zwei Prozent und dann in weiteren vierzig Jahren Verzinsung Amortisation des ganzen Kapitals. Die Siedler wünschen noch eine Änderung, über die das Aktionskomitee zu entscheiden haben wird, nämlich, daß nach Ablauf von je zehn Jahren eine Kommission feststellt, ob sie mehr zu zahlen in der Lage sind.

In der Durchführung des Beschlusses der Londoner Sitzung über die Ansiedlung von 1000 Arbeiterfamilien wurden bisher keine Fortschritte in der praktischen Ausführung gemacht. Für die Finanzierung stehen zur Verfügung: 50 000 Pfund aus dem Hilfsfonds, 25 000 Pfund Spenden aus England, 30 000 Pfund von den Siedlern selbst, außerdem soll die Palestine Economic Corporation einen Kredit von 125 000 Pfund geben und weitere 175 000 Pfund sind aufzubringen in der Form eines Kapitals für eine Arbeiter-Kreditgesellschaft.

Die allgemeine Wirtschaftslage in Palästina war in den Städten nicht schlecht. Industrie und Handel haben sich von den Folgen des Boykotts erholt. Rutenberg wird in etwa zwei Monaten aus dem Stauwerk Kraft liefern. Am Toten Meer sind etwa 100 jüdische Arbeiter beschäftigt. Die heißen Quellen von Tiberias werden jetzt von einer Gesellschaft übernommen, deren Finanzierung versucht wird. Von den 120 000 Dunam mit Orangen bepflanzten Boden gehören den Juden 58 000 Dunam.

Die Exekutive bringt ein Budget zur Sitzung mit, das sich auf 850 000 Pfund beläuft. Dies ist das Minimum dessen, was die Jewish Agency für ihre Palästinarbeit braucht. Von diesen 850 000 Pfund

sind 300 000 Pfund für Landwirtschaft bestimmt, um endlich die Konsolidierung der Siedlungen durchzuführen. Die Exekutive hat es nicht als ihre Aufgabe betrachtet, sich über die Einnahmemöglichkeiten Rechenschaft zu geben. Das ist Sache des Aktionskomitees bzw. des Administrative Committee der Jewish Agency. Nach Klärung der Fragen, welche Einnahmen man für möglich hält, wird dann das Aktionskomitee die endgültige Festsetzung vornehmen müssen. Es ist aber notwendig, sich klar zu machen, daß ohne dieses von der Palästinaexekutive beanspruchte Budget keine Fortschritte erzielt werden können.

Hantkes Keren-Hajessod-Bericht

Namens des Keren Hajessod erstattete Dr. Arthur Hantke Bericht. Drei Momente haben die Sammlungen und Eingänge des Keren Hajessod im vergangenen Jahre beeinflußt: der Emergency-Fund, die zionistisch-politische Lage und die über die ganze Welt sich ausdehnende Wirtschaftskrise. Trotzdem sind die Ergebnisse der Sammlungen für den Keren Hajessod, soweit alle Länder, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, in Betracht kommen, keineswegs stark hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Insgesamt sind aus den außeramerikanischen Ländern etwa 240 000 Pfund für den Keren Hajessod aufgebracht worden, ungeachtet der großen Summen, welche aus einzelnen Ländern an den Emergency-Fund geflossen sind. Es hat sich gezeigt, daß in allen Ländern mit starkem jüdischen Leben und mit einer tätigen Zionistischen Organisation die Opferbereitschaft der jüdischen Massen trotz der behindernden drei Momente: Emergency-Fund, politische Lage und Wirtschaftkrise sich bewährt hat. Einige Länder, in denen die allgemeine Wirtschaftskrise am stärksten herrschte, wie z. B. Polen, Bessarabien, haben ihre Einnahmen gesteigert. In Amerika hat sich die Allied Campaign nicht bewährt. Es ist zu erwägen, ob in der Zukunft die Sammeltätigkeit für den Keren Hajessod nicht auf andere Grundlagen gestellt werden soll. Eine genaue Darstellung der Situation der zionistischen Sammlungen in Amerika ist den Berichten der amerikanischen Vertreter vorbehalten. Dem nächsten Jahre blickt das Direktorium des Keren Hajessod ohne Pessimismus entgegen. Die wichtigsten Monate für die Keren-Hajessod-Arbeit werden die Monate Oktober, November und Dezember dieses Jahres sein. Alle diejenigen, die in der Keren-Hajessod-Arbeit dauernd tätig sind, wissen, daß man durch Anstrengung auch im nächsten Jahre befriedigende Ergebnisse erzielen kann. Es sind viele Vorschläge bezüglich der Neuorganisierung der zionistischen Sammlungen in der Presse und in einzelnen Organisationen gemacht worden. Der Keren Hajessod hat jetzt zehn Jahre seiner Tätigkeit hinter sich. Die bisherigen Ergebnisse berechtigen ihn, mit Vertrauen in das nächste Jahrzehnt der Arbeit einzutreten. Die einzelnen Reformvorschläge mögen diskutiert werden, aber es hat sich noch immer gezeigt, daß in allen Zeiten, besonders in Zeiten der Krise, die öffentlichen Mittel die sicherste Grundlage für die Arbeit darstellen.

Ussischkin über die Leistung des Keren Kajemeth

M. M. Ussischkin gibt einen kurzen Bericht über den Keren Kajemeth, in dem er an seine vor einigen Monaten in London auf der Aktionskomitees-Sitzung gemachten Ausführungen anknüpfte. Die Eingänge für den Keren Kajemeth haben in den neun Monaten seit dem Züricher Kongreß bis Januar 1930 eine Steigerung um 25 Prozent erfahren, wobei zu bemerken ist, daß in den ersten sieben Monaten diese Steigerung 35 Prozent betrug und und in den folgenden zwei Monaten nur 5 Prozent ausmachte. Ob in diesem Sinken der Steigerung sich eine dauernde Tendenz ausdrückt, kann vorläufig nicht beurteilt werden. Wenn man die Leistungen des Keren Kajemeth im letzten Jahre charakterisieren will, so wären diese als zufriedenstellend zu bezeichnen, wenn es sich um ein normales Jahr gehandelt hätte. Sowohl hinsichtlich der Bodenkäufe, wie auch der Amelioration, der Wasserbohrungen und der Pflanzungsanlagen sind die Leistungen durchaus zufriedenstellend. Bedenkt man aber, wie groß und wie vielfältig die uns obliegenden Aufgaben und auch gegenwärtigen Möglichkeiten sind, so kann man sich mit dem Geleisteten doch nicht begnügen. Ussischkin teilt am Schluß seiner Ausführungen mit, daß er sich am 3. Oktober nach Amerika begibt, um dort eine große Aktion für den Keren Kajemeth mit dem Ziel der Aufbringung von 5 000 000 Dollar einzuleiten. Bei den Sammlungen des letzten Jahres stand Erez Jsrael hinsichtlich der Steigerung an erster Stelle. Erfreulich sind auch die Ergebnisse in Südafrika, Tschechoslowakei, Jugoslavien, Bessarabien und Kongreßpolen. Auch Deutschland weist eine gewisse Steigerung auf. Sogar die Ergebnisse in Amerika müssen in Anbetracht der Tatsache, daß sie in diesem Jahre durch den Keren Kajemeth selbst aufgebracht wurden, als ein guter Anfang bezeichnet werden. Die Aktion zur Eintragung Lord Balfours in das Goldene Buch hat in Erez Israel einen außerordentlichen Erfolg (über 100 Eintragungen) gehabt. In den übrigen Ländern ist die Aktion ein wenig zum Stillstand gekommen, soll jedoch in den nächsten Monaten wieder aufgenommen werden, was um so mehr zu wünschen ist, als das Britische Museum seine Bereitwilligkeit erklärt hat, das Goldene Buch mit den Eintragungen für Lord Balfour in dauernde Verwahrung zu nehmen.

Dr. Senator über das Budget

In der Nachmittagssitzung vom 24. August referierte Dr. Senator über das Budget. Er schildert zunächst die Zustände im vergangenen Jahr. Von den budgetierten 750 000 Pfund sollten in Amerika 450 000, in Europa 300 000 aufgebracht werden. Tatsächlich sind in Europa etwa 225 000 Pfund aufgebracht worden, in Amerika waren durch Spenden von Herrn Warburg, durch die Hadassah sowie durch gewisse Anleiheoperationen und aus dem Drive insgesamt 210 000 Pfund auf die Quote von 450 000 Pfund eingegangen. Wenn hierzu noch 22 000 Pfund des Emergency-Fund gerechnet werden, ergibt sich 232 000 Pfund zugunsten der amerikanischen Quote, wovon jedoch 145 000 Pfund geliehene Gelder sind. Auf diese Weise entstand ein Defizit von rund 300 000 Pfund. Dies konnte nur dadurch gedeckt werden, daß die Exekutive das Budget um 120 000 Pfund gekürzt hat, hauptsächlich auf Kosten des landwirtschaftlichen Budgets, ferner wurde die Bezahlung alter Schulden verschoben. Ein Betrag von 60 000 Pfund ist jedoch bis Ende des Finanzjahres noch unbedingt erforderlich. Die wichtigste Tatsache ist hierbei, daß die Exekutive ihre produktiv-wirtschaftliche Arbeit überhaupt nicht durchführen konnte. Bei Erörterung der Aussichten für das nächste Jahr auf Grund der gegenwärtigen Erfahrungen kommt Redner zu der Ansicht, daß man mit ungefähr 400 000 Pfund rechnen könne. Über das Ausgabenbudget von 850 000 Pfund ist sich die Exekutive einig, die Frage der Deckung ist aber ungeklärt. Es wird versucht, einen Betrag von 210 000 Pfund, der in dem Ausgabenbudget für Schuldentilgung eingesetzt ist

und ferner die erforderlichen Beträge für die Konsolidierung der alten Kolonien einer Sonderbehandlung zu unterziehen. Aber auch dann ist das Budget von 400 000 Pfund vollständig ungenügend und es wird Aufgabe des Aktionskomitees und des Administrative Committee sein, Wege zu einer Vergrößerung der Einnahmen zu suchen und außerdem organisatorische Reformen zur Entlastung des Budgets ernsthaft zu erwägen.

Hierauf folgte eine allgemeine Aussprache über die Referate.

Weizmann in der Aktionskomiteesitzung

Berlin, 26. August. (JTA.) In der Sitzung des Zionistischen Aktionskomitees am 25. August, 4.30 Uhr nachmittags, erschien der Präsident der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency, Dr. Chaim Weizmann, zum erstenmal in dieser Session, vor den Mitgliedern des Aktionskomitees, um einen Überblick über die gegenwärtige politische Lage des Zionismus zu geben.

Präsident Weizmann erklärt einleitend, daß er erst am heutigen Tage um 10 Uhr vormittags Kenntnis von dem Bericht der Mandatskommission an den Völkerbund und von der englischen Antwort auf diesen Bericht erhalten habe. Nunmehr sei er in der Lage, zu diesen wichtigen Dokumenten Stellung zu nehmen. Er schilderte dann kurz die Geschichte der letzten Ereignisse von den Massakres im August 1929, die Vorgeschichte der Shaw-Kommission und ihres Berichtes, der Entsendung Sir John Hope Simpsons, der Suspendierung der Arbeiter-Alijah, des Weißbuches an die Außerordentliche Session der Mandatskommission bis zum vorliegenden Bericht der Mandatskommission und der englischen Antwort. Präsident Weizmann hebt aus dem Bericht der Mandatskommission die Stelle heraus, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Macht jeder Mandatsregierung in dem Mandatslande proportionell dem Vertrauen ist, das die Mandatsregierung selbst in ihre Aufgabe setzt. Was die Antwort der Regierung an die Mandatskommission anbetrifft, so könne Dr. Weizmann diese Antwort nicht resümieren. Im allgemeinen scheint die englische Regierung der Mandatskommission entgegenzuhalten, daß diese zehn Jahre lang keine kritischen Bemerkungen an die Handlungen der Mandatsregierung geknüpft habe. Am wesentlichsten erscheint Dr. Weizmann die Ankündigung der englischen Regierung, daß sie ein konstruktives Programm bei der Erfüllung ihrer Aufgabe in Angriff nehmen werde. **Wir erwarten, daß dieses konstruktive Programm die uns im Mandat versprochenen Grundlagen für unsere Aufbauarbeit geben wird. Wir erwarten, daß in Fragen des Bodens und der Staatsländereien. sowie in den Fragen der Einwanderung und in der Frage der Zusammenarbeit mit der Jewish Agency gemäß den internationalen Verpflichtungen aus dem Mandat vorgegangen werden wird. Jedes andere Programm wäre für uns unakzeptabel.** Wenn die Regierung auf dem Standpunkt steht, daß sie bloß die Vorbedingungen für die Errichtung des Jewish National Home zu schaffen habe, während uns die Aufgabe obliegt, das Jewish National Home zu bauen, so akzeptieren wir diesen Grundsatz, erwarten jedoch, daß die Vorbedingungen für unsere Arbeit gemäß den Bestimmungen des Mandates und der Balfour-Deklaration geschaffen werden. Niemand machte uns in den lebhaften Erörterungen des letzten Jahres den Vorwuf, daß wir nicht unsere Aufgabe erfüllt haben, die sich ruhig neben den Leistungen großer Nationen auf dem Gebiete der Kolonisation sehen lassen kann. **Wir sind bereit, in Zukunft mit der Regierung vertrauensvoll mitzuarbeiten, wenn diese Mitarbeit uns in einer Weise ermöglicht wird, die den bestehenden Rechtsgrundsätzen, den Notwendigkeiten des Aufbaus und der Würde unserer Sache entspricht.**

Dr. Victor Jocobson erläutert an Hand des Protokolls der Verhandlungen der Mandatskommission, des Berichtes der Mandatskommission und der Antwort der englischen Regierung die wichtigsten Stellen aus diesen Dokumenten. Er weist besonders darauf hin, daß die Mandatskommission die Folgerungen des Shaw-Berichts nicht akzeptiert und in den Verhandlungen der britischen Regierung mit jenen Kreisen der Araber, die das international verbindliche Mandat ablehnen, in ihnen unberechtigte Hoffnung erregt hat. Ferner hebt er die Konklusionen des Mandatsberichtes hervor, in denen zum Ausdruck kommt, daß die gleichzeitige Durchfürung beider Teile der Mandatsverpflichtungen durchaus möglich sei und zum Wohle der Gesamtbevölkerung Palästinas beitragen werde, wenn die Regierung in ihrer Politik konstruktiv vorgehen wird.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen. Die Kommissionen treten sofort zu Beratungen zusammen.

Der Palästinabericht der Mandatskommission und die Erwiderung der englischen Regierung

Genf, 25. August. (JTA.) Das Völkerbundssekretariat hat heute, Montag, den 25. August, den Palästinabericht der Mandatskommission und die Erwiderung der englischen Regierung auf diesen Bericht der Presse zur Veröffentlichung übergeben.

Der Bericht der Mandatskommission enthält in der Einleitung eine kurze Vorgeschichte der Einberufung der außerordentlichen Palästina-Session, es folgt eine Aufzählung der dem Bericht zugrunde gelegten Dokumente, wobei erklärt wird, daß die Mandatskommission sich hauptsächlich auf die Informationen seitens der britischen Regierung stützte und daher nur diejenigen Konklusionen des Shaw-Berichtes berücksichtigte, die die britische Regierung akzeptiert hat. Von den anderen Informationen hat die Kommission besonderen Wert auf das Memorandum der Jewish Agency gelegt, weil es von einer vom Mandate anerkannten Körperschaft stammt. Es wird daran erinnert, daß die Kommission die Protokolle der Shaw-Kommission bis heute nicht erhalten hat.

Der Bericht ist in drei Abschnitte eingeteilt. Der erste Abschnitt behandelt die Ereignisse vom August 1929, ihre Ursachen und die Haltung der Palästinaadministration. Die Unruhen sind nicht spontan ausgebrochen, es gingen ihnen Streitigkeiten voraus, deren Zentrum die Klagemauer war. Die Kommission übt Kritik an den Konklusionen der Shaw-Kommission hinsichtlich des Charakters der Unruhen und weist auf Widersprüche in verschiedenen Stellen des Berichtes sowie auf solche zwischen dem Bericht und den Konklusionen hin, in denen die Unruhen als unvorbedachte charakterisiert werden. Es wird bezweifelt, ob das nachsichtige Urteil der Shaw-Kommission über die Haltung der arabischen Führer berechtigt ist. Auch wird die Konklusion, wonach die Unruhen nicht gegen die britische Regierung gerichtet gewesen sei, beanstandet und ausgeführt, die Angriffe seien wohl gegen die Juden gerichtet gewesen, allein die Quelle der Unzufriedenheit liegt in der Gegnerschaft gegen die politische Ordnung, für welche die Araber in erster Linie die britische Regierung verantwortlich machen. Die Shaw-Kommission suchte

die Verantwortlichkeit der Juden und Araber festzustellen, die Mandatskommission aber sieht ihre Aufgabe darin, lediglich die Haltung der Mandatarmacht, die allein dem Völkerbunde verantwortlich ist, zu untersuchen. Sie kommt diesbezüglich zu folgenden Konklusionen:

Die im September 1929 erlassene polizeiliche Reglementierung des Status quo an der Klagemauer hätte schon früher erlassen werden sollen. Die Palästinaregierung hat sich durch die Ereignisse überraschen lassen, es fehlte ihr jede Voraussicht, sie verfügte nicht über einen guten Nachrichtendienst. Die Ereignisse fanden das Land ziemlich entwaffnet. Die Mandatskommission hatte schon 1926 vor einer scharfen Reduzierung der Militärstreitkräfte gewarnt. Die Polizei bestand aus einer arabischen Mehrheit, einem kleinen Teil Juden und einer britischen Sektion. Die einheimischen Polizeielemente versagten, einige beteiligten sich sogar an den Unruhen. Die Kommission kann nicht den Standpunkt akzeptieren, daß auch bei dem Vorhandensein größerer Militärkräfte die Unruhen nicht hätten verhindert werden können. Der Mangel an britischem Militär und britischer Polizei war die Hauptursache für die Ausbreitung der Unruhen.

Der Bericht der Mandatskommission prüft dann die gesamte britische Politik in Palästina. Im Mandat ist die Errichtung eines jüdischen Nationalheims sowie die Entwicklung von Selbstverwaltungsinstitutionen vorgesehen. Die Mandatarmacht befriedigte bis heute weder die ungeduldigen Anhänger des Jüdischen Nationalheims, noch die arabischen Extremisten. Die ersteren werfen der Mandatsregierung vor, sie habe die Einwanderung mehr behindert als gefördert und die Entwicklung einer geschlossenen jüdischen Siedlung gemäß Artikel 6 des Mandates nicht ermutigt. Die Araber hingegen behaupten, die jüdische Einwanderung sei zu groß, und man verweigere ihnen Selbstverwaltung gemäß ad. 2 des Mandates. In diesen Problemen ist der Palästinakonflikt enthalten. Das Problem der jüdischen Einwanderung ist sozial-ökonomischer Natur, das Problem der Selbstverwaltung politischer Natur. Die Mandatskommission will zu diesen Problemen nur in einem allgemeinen Rahmen Stellung nehmen. Der Mandatarmacht ist es bis heute nicht gelungen, das Mandat integral durchzuführen. Die Kommission billigt den Wunsch der britischen Regierung, die jüdische Einwanderung der Aufnahmefähigkeit des Landes anzupassen, erhebt aber gleichzeitig die Frage, ob die Verpflichtung, die jüdische Siedlung zu fördern, nicht auch die Verpflichtung mit enthält, durch eine aktivere Politik die Aufnahmefähigkeit des Landes für eine steigende jüdische Einwanderung zu erhöhen. **Das Jüdische Nationalheim, soweit es bis heute realisiert ist, ist faktisch allein das Werk der jüdischen Organisationen.** Es scheint, daß das Mandat den Juden ganz andere Perspektiven eröffnet hat. Ihre Vorwürfe, die britische Administration hätte ihre Verpflichtungen nicht erfüllt, gewinnen jetzt besondere Kraft, nachdem die Palästinaregierung nicht in der Lage war, den Juden Schutz ihres Lebens und Sicherheit ihres Eigentums zu gewähren. Diese teilweise Inaktivität der Regierung gegenüber dem Zionismus — ein Vorgang ohne Präzedenz — hat nicht nur den Juden geschadet. Eine breitströmende Einwanderung ohne aktive Intervention seitens der öffentlichen Gewalten mußte in einem Lande wie Palästina andere Bevölkerungsteile stören. Angesichts einer gut organisierten jüdischen Masse, der große Kapitalien zur Verfügung stehen, kann man verstehen, daß der unorganisierten und der Finanzmittel entbehrenden arabischen Masse Besorgnisse hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Zukunft entstehen konnten. Man sollte eben dem arabischen Element einen Schutz der Interessen in der Form einer Agrarpolitik gewähren, die die Vergrößerung des anbaufähigen Bodens, Schaffung von Agrarkrediten, Aufbau eines Kooperativwesens zum Ziele hat. Diese Politik sollte vervollständigt werden durch Instruierung der Fellachen in der Handhabung moderner landwirtschaftlicher Methoden. Die Furcht der Araber wegen des Übergehens von Boden an Juden wäre weniger in Erscheinung getreten, wenn gleichzeitig die Fläche des brauchbaren Bodens vergrößert worden wäre. Durch solche Aktionen hätte auch das Jüdische Nationalheim gefördert werden können. Die Mandatarmacht könnte versuchen, nach dieser Richtung hin beide Elemente des Landes ökonomisch miteinander eng zu verbinden, eine Gemeinsamkeit ökonomischer Interessen ist das beste Mittel zur Entwicklung eines Solidaritätsgefühls.

Gegenwärtig sind alle Institutionen, wie sie die Mandatsregierung für beide Elemente hätte schaffen sollen, allein von Juden und natürlich auch nur zugunsten der jüdischen Bevölkerung geschaffen. Um einen Separatismus der beiden Bevölkerungsteile gegeneinander zu verhindern, sollte die Regierung für industrielle, landwirtschaftliche und kommerzielle Zusammenarbeit sorgen, womöglich sollte auch eine gemeinschaftliche Fachausbildung der Jugend vonstatten gehen.

Die Araber, heißt es in dem Bericht weiter, werfen der Regierung Mangel an Einsetzung von Selbstverwaltungsorganen vor. Die Regierung antwortet, sie habe den Arabern diesbezüglich verschiedene Vorschläge gemacht, die aber abgelehnt wurden. Sie sei bereit, eine Arab Agency anzuerkennen. Die Forderung nach Selbstverwaltung ist sicherlich der Ausdruck eines schätzenswerten Gefühls und teilweise durch den Völkerbundspakt und das Mandat berechtigt. Wenn aber mit dieser Forderung ein Sieg des Widerstandes gegen den Völkerbund verfolgt wird, dann kann die Mandatskommission eine solche Forderung nicht unterstützen. **Bevölkerungselementen, die gegen das Mandat revoltieren — sei es, daß sie das Mandat im Prinzip ablehnen oder nur die ihnen günstigen Bestimmungen des Mandats akzeptieren —, muß die Mandatarmacht eine feste und entschlossene Haltung zeigen.** Mit ihnen verhandeln, solange sie das Rechtsfundament ablehnen, heißt ihre Autorität unnötigerweise steigern und unter ihren Anhängern gefährliche Hoffnungen wecken, sowie schließlich unter ihren Gegnern Besorgnisse hervorrufen. Die Kommission hofft, daß die Mandatarmacht in Zukunft mehr als in der Vergangenheit ein Programm konstruktiver Arbeit in Palästina verwirklichen wird. Dies wird den Fellachen ermöglichen, die materiellen Vorteile, die das zionistische Werk dem Lande Palästina bringt, richtig einzuschätzen. Die Mandatskommission glaubt, daß eine aktivere Politik und ein entschlossenerer einmütiger Wille aller britischen Vertreter in Palästina, die Mandatsbestimmung in ihrer Gesamtheit durchzuführen, den herrschenden Antagonismus unterdrückt hätten; mindestens hätten sie ihn abgeschwächt. Jede Unklarheit und jedes Zögern der Regierung unterstützen die extremen Elemente in beiden Lagern.

Im zweiten Teil des Berichtes nimmt die Mandatskommission zu den Konklusionen der Regierung hinsichtlich der getroffenen Maßnahmen zur Verhütung einer Wiederkehr der Augustereignisse

und nimmt Kenntnis von der Erhöhung der Militärkräfte. Diese Maßnahmen scheinen Garantie hierfür zu bieten, daß die Ordnung nicht mehr ernstlich wird gestört werden können. Die Kommission zählt die Maßnahmen auf, über deren Durchführung die Mandatarmacht sie in Kenntnis setzte, z. B. Reorganisation der Polizei, Verbesserung des Nachrichtendienstes, Schutz der jüdischen Kolonien, Entsendung der Klagemauer-Kommission, Bevollmächtigung Simpsons und kommt dann auf die Suspendierung der Einwanderer-Zertifikate zu sprechen, die eine entgegengesetzte Reaktion hervorgerufen hat. Ohne zum Wesen der Suspendierung Stellung nehmen zu wollen, nimmt die Kommission von der Erklärung des britischen Vertreters Kenntnis, daß die Maßnahme eine nur zeitweilige sei. Diese Deklaration scheint dazu angetan zu sein, die in den jüdischen Kreisen entstandene Besorgnis hinsichtlich der Absicht der Mandatarmacht, das Mandat integral durchzuführen, die jüdische Einwanderung zu fördern, und das Jüdische Nationalheim mandatsgemäß zu errichten, einigermaßen zu beschwichtigen.

Im dritten Teil des Berichtes der Mandatskommission wird die zukünftige Politik der Mandatskommission behandelt. Die Kommission erinnert an verschiedentliche Erklärungen der britischen Regierung, die den Willen bekunden, sämtliche Bestimmungen des Mandats gewissenhaft durchzuführen. Aus diesen Erklärungen sind zwei Prinzipien abzuleiten: Erstens, das Mandat zugunsten beider Elemente des Landes in gleicher Weise zu erfüllen; zweitens, daß zwischen diesen beiden Verpflichtungen kein Widerspruch besteht. Die Kommission will nicht die Endziele des Mandats mit den unmittelbaren Verpflichtungen der Gegenwart verwechseln. Endziele sind: Errichtung des Jüdischen Nationalheims und Schaffung von Selbstverwaltungsorganen. In dem Mandat ist ein Datum für die Verwirklichung dieser Endziele nicht fixiert. **Gegenwärtige Pflichten der Mandatarmacht sind dagegen die Schaffung solcher Verhältnisse, die die Errichtung des Nationalheims und der Selbstverwaltungsorgane sichern.** Bei diesen beiden Verpflichtungen besteht keine Priorität bezüglich der Wichtigkeit und der Durchführung. Die gegen die Mandatarmacht erhobenen Vorwürfe, daß sie das Nationalheim nicht errichtet und Selbstverwaltungsorgane nicht geschaffen hat, sind unberechtigt, da es sich hier um Endziele des Mandates, nicht aber um unmittelbare Verpflichtungen handelt. Die Mandatskommission ist mit der Erklärung des britischen Vertreters einverstanden, daß das Palästina-Mandat dynamischer, nicht statischer Natur ist. Die Durchführung des Mandats stellt eine schwierige Aufgabe dar, die aber nicht unüberwindlich ist . Durch exzessive Ungeduld werden die Palästina-Einwohner das Funktionieren des Mandatssystems, dessen internationale Grundlage sich ihrer Kritik entziehen, erschweren. Die Palästina-Einwohner sollten die Vorzüge des Systems anerkennen, umso eher, als sie niemals politische Freiheit besaßen, ja nicht einmal Garantien für individuelle Freiheit genossen. Das Palästina-Mandat bereitet in Palästina die Gründung einer Kollektivität vor, die nach dem Beispiele anderer Nationen organisiert sein wird, die in der Heterogenität ihrer Bevölkerung eine Quelle ihrer Vitalität fanden und in den Religionsunterschieden den Geist der Toleranz lernten.

Scharfe Erwiderung der britischen Regierung

Genf, 25. August. (JTA.) Gleichzeitig mit dem Bericht der Mandatskommission wurden auch die Bemerkungen der britischen Regierung zu diesem Bericht heute der Presse zur Veröffentlichung übergeben. In den Bemerkungen wird hervorgehoben, daß die Mandatskommission in dem zweiten und in dem dritten Teile ihres Berichtes die Maßnahmen und den Standpunkt der britischen Regierung im allgemeinen billigt. Dagegen enthält der erste Teil eine ernste Kritik der Mandatsverwaltung. Die schwerwiegendste Kritik äußert sich in der Behauptung der Mandatskommission, daß die Inaktivität der britischen Regierung insbesondere auf dem landwirtschaftlichen und Unterrichtsgebiete eine der Hauptursachen der Konflikte sei, die zu den Unruhen geführt haben. Diese Kritik ist umso erstaunlicher, als die Konklusionen der früheren Sessionen der Mandatskommission solche Beschuldigungen nicht voraussehen ließen. Die britische Regierung sieht zwischen der Behauptung der Kommission, die Quelle der arabischen Unzufriedenheit sei die Gegnerschaft zur herrschenden politischen Ordnung im Lande, und der gleichzeitigen Behauptung, die Mandatsregierung könnte durch aktive Förderung der sozialen und ökonomischen Lage der Araber den Antagonismus zwischen Juden und Arabern abschwächen, einen Widerspruch. Die letztere Behauptung verkennt die große Bedeutung, die die arabischen Führer gerade dem politischen Aspekt des Palästinaproblems beimessen. Die arabischen Führer stellten von jeher mit dem Mandat unvereinbare Forderungen und lehnten sämtliche ihnen gemachten Vorschläge, mit den Juden in Selbstverwaltungsorganen, die mit dem Mandat übereinstimmen, zusammenzuarbeiten, ab. Die Mandatskommission gab sich nicht genügend Rechenschaft ab über die Schwierigkeiten der Mandatarmacht angesichts dieser arabischen Haltung. Die Mandatskommission präzisierte die gegenwärtigen Aufgaben der Mandatarmacht, zählte die Bedingungen des Jüdischen Nationalheims und die Entwicklung von Selbstverwaltungsinstitutionen auf, vergaß aber den dritten Teil des Art. 2 des Palästinamandates: „Wahrung der bürgerlichen und religiösen Rechte aller Palästina-Einwohner ohne Unterschied der Rasse und der Religion". Diese Bestimmung, ein Zentrum des Problems, erschwert die Aufgabe der Mandatarmacht.

Die Mandatskommission ignorierte oder stellte in Frage gewisse Konklusionen im Shaw-Bericht hinsichtlich der Ursachen der Unruhen und der Verantwortlichkeit für dieselben, obwohl diese Konklusionen auf gründlicher Zeugeneinvernahme beruhen. Die Haltung der Mandatskommission diesen Konklusionen gegenüber ist umso erstaunlicher, als sich die Kommission auf das Memorandum der Jewish Agency stützt, das die britische Regierung nicht beantworten konnte, weil es zu spät eingereicht worden war, sowie auch andere Quellen heranzieht. Die Kommission untersucht nicht die von Juden und Arabern gegeneinander erhobenen Beschuldigungen, sondern ihr erscheint die Mandatarmacht allein als Objekt einer Kritik. Die Kommission mißt einseitigen und unberechtigten Kritiken gegen das Verhalten der Regierung mehr Bedeutung bei, als den reiflich überlegten Schlüssen der Shaw-Kommission, deren Feststellungen auf einer kontradiktatorischen Untersuchung basieren.

Die britische Regierung kritisiert nicht minder scharf die Schlußfolgerungen der Mandatskommission, daß die Unruhen nicht als spontan und vorbedachtlos beurteilt werden können. Die britische Regierung hat sich diesbezüglich den Standpunkt der Shaw-Kommission zu eigen gemacht. Die Regierung polemisiert auch gegen den Standpunkt der

Mandatskommission, die die Konklusion der Shaw-Kommission, daß die Unruhen nicht gegen die britische Regierung sich richteten, beanstandet hat. Wenn Araber gegen die politische Lage in Palästina protestieren, so richtet sich dieser Protest nicht gegen die britische Regierung, sondern gegen das Mandat und die Aktion des Völkerbundes. In der britischen Regierung sehen die Araber nur das Exekutivorgan des Mandates.

Bezüglich des Klagemauer-Konfliktes stellt die Regierung fest, sie habe nicht gleich eine Definition des status quo geben wollen, sondern sie habe zuerst eine Verständigung zwischen beiden Parteien herbeizuführen versucht. Die Ausgleichsversuche zogen sich hin, weil eine der Parteien der Aufforderung, ihre Ansprüche durch formulierte Belege zu stützen, nicht gleich nachgekommen ist. Anderseits war es notwendig geworden, ein juristisches Gutachten einzuholen, was ebenfalls Zeit brauchte. Die britische Regierung erinnert daran, daß die Mandatskommission noch einen Monat vor den Unruhen, nach Anhörung eines Berichtes des High Commissioner Sir John Chancellor selbst anerkannt hat, daß der High Commissioner alles getan hat, um einen Ausgleich zwischen den Parteien herbeizuführen. Die Mandatskommission hat die 1929 für richtig befundene Politik 1930 als völlig verfehlt bezeichnet. Auf die Konklusion der Mandatskommission, daß sich die britische Administration von den Ereignissen hat überraschen lassen, erwiderte die britische Regierung, darin sei nichts abnormales, weil ja die Unruhen nicht vorbereitet waren, wie dies die Mandatskommission annimmt. Die Reduzierung der Militärkräfte wurde auf Empfehlung des High Commissioners vorgenommen, dessen Ortskenntnisse durch die Erfahrung einer glänzenden Militärkarriere unterstützt waren. Die britische Regierung gibt zu, daß die militärischen Kräfte ungenügend waren, sie bestreitet aber, daß die Mandatskommission mehrmals vor einer einschneidenden Reduzierung gewarnt hat. Die einzige diesbezügliche Warnung war im Berichte von 1926 enthalten. Der Mandatskommission war die Zahl der vorhandenen militärischen Kräfte genau bekannt. Wenn sie diese als ungenügend erachtete, warum brachte sie dies nicht einen Monat vor den Unruhen, als sie das Palästinamandat behandelte, zum Ausdruck? Die Mandatskommission behauptet, daß die einheimischen Polizeielemente während der Unruhen, wie vorauszusehen war, versagt hatten. Aber die Mandatskommission kannte doch die Zusammensetzung der Polizei; wenn sie kein Vertrauen zu derselben hatte, warum machte sie die Mandatarmacht nicht rechtzeitig auf die Gefahr aufmerksam? Die britische Regierung kann nicht eine Methode billigen, die Landeseinwohner aus der Polizei ausschließt. Es sprechen politische, administrative und finanzielle Momente gegen eine solche Methode. Die Regierung hat die Hoffnung nicht aufgegeben, daß diese Methode auch in Palästina gute Resultate zeitigen wird.

Die Mandatskommission, heißt es in der Erwiderung der englischen Regierung weiter, erhebt gewisse Beschuldigungen wegen Nichterfüllung wichtiger Punkte des Mandates und scheint damit die weitgehendsten jüdischen Thesen über die Bedeutung des Mandates sich zu eigen gemacht zu haben. Demgegenüber ist festzustellen, daß der Mandatarmacht nicht die Aufgabe auferlegt wurde, das Jüdische Nationalheim zu errichten. Diese Aufgabe fällt eigentlich den Juden, geführt von der Jewish Agency, zu. Die Mandatskommission behauptet, daß eine Vergrößerung der allgemeinen Produktion, des Wohlstandes der Bevölkerung, die Feindschaft der Araber gegen die jüdischen Einwanderer beseitigt hätten. Die Kommission geht dabei von der unrichtigen These aus, daß die Geldmittel der Palästinaregierung unbeschränkte seien. Die britische Regierung bringe in den ihr anvertrauten Ländern das Prinzip zur Geltung, daß die Länder so rasch als möglich ohne Unterstützung seitens des britischen Staatsschatzes auszukommen haben. Es ist dies eine gesunde Politik, die die ökonomische Kraft des Landes erhöht. Ungeachtet dessen hat die britische Regierung in Palästina nicht geringe Ausgaben gemacht. Seit 1921 hat die britische Regierung in Palästina mehr als neun Millionen Pfund, natürlich einschließlich der Kosten des Territoriumsschutzes, verausgabt. Ferner garantierte die britische Regierung eine Anleihe des Landes Palästina in der Höhe von viereinhalb Millionen Pfund.

Auf Grund dieser ihrer Bemerkungen kommt die britische Regierung zu dem Schlusse, daß sie ihre Verpflichtung hinsichtlich der Entwicklung des Landes erfüllt hat. Die Mandatskommission hat die bereits geleistete Arbeit zur Entwicklung und Verbesserung der Lage in Palästina unerwähnt gelassen. Bisher hat die Mandatskommission niemals eine Unzufriedenheit mit dem erzielten Fortschritt bekundet.

Die Bemerkungen der britischen Regierung schließen mit der Ankündigung, daß die britische Regierung den letzten Teil des Berichtes der Mandatskommission hinsichtlich der zukünftigen Politik einer neuen Prüfung unterziehen wird.

Den Bemerkungen der britischen Regierung ist ein ausführlicher Anhang beigefügt, in welchem auf Grund der Berichte Sir Herbert Samuels über die Jahre 1920 bis 1925, wie auch spätere Jahresberichte, die Leistungen der Regierung auf den Gebieten der Landwirtschaft, des Verkehrs, der Hygiene, der Bodengesetzgebung usw. aufgezählt werden. Zum Schluß betont die britische Regierung, daß bezüglich der Staats- und Brachländereien ein Mißverständnis besteht, die Vermutung, die Regierung besitze ausgedehnte Staatsländereien, sei eine absolut unrichtige. Die Fläche des anbaufähigen Bodens ist sehr beschränkt. Die einzige große Bodenfläche im Beisan wurde bereits unter die Araber verteilt.

Die Kandidatenliste der Staatspartei

Zu diesem der „Jüdischen Rundschau“ entnommenen Artikel unserer letzten Nummer sendet uns Herr Dr. Ludwig Freund folgende Zuschrift, der wir gerne Raum gewähren. Die Red.

In der Nr. 34 vom 22. August des „Jüdischen Echos“ findet sich auf Seite 475 ein Artikel, überschrieben „Die Kandidatenliste der Staatspartei“. Zu diesem Artikel möchte ich mir erlauben einiges zu bemerken. Zu dieser Bemerkung fühle ich mich um so mehr gedrängt, als der besagte Artikel unmittelbar an meine Ausführungen in der gleichen Nummer Ihres Blates folgt. Der Arikel steht in einem gewissen Widerspruch zu meinen Darlegungen zum Problem der Deutschen Staatspartei. Der Artikelschreiber ist der Ansicht, daß die Deutsche Staatspartei im Hinblick auf die Haltung der Führer, die aus dem Lager des Jungdeutschen Ordens stammen, das Vertrauen der deutschen Juden vorläufig nicht genießen könne. Diese Ausführungen waren schon zur Zeit der Veröffentlichung durch die Ereignisse überholt.

DER AUFSTAND

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

28. Fortsetzung

Es heißt, daß Garibaldi selber mit einer Armee bei Krakau steht.“

„Wer ist der Garibaldi?“

„Laß doch einen anderen auch die Kehle befeuchten, Franek, was stehst du da beim Faß wie ein Ölgötze? Schieb ab!“

„Kriege ich dafür eine Zigarette?“

„Hier, die kannst du haben!“

Ein Bauernmädchen kam vorüber, die Zipfel ihres roten Kattunrockes aufgeschürzt; sie trug zwei Eimer Milch.

„Magda!“

„Magdusia!“

Zwei Burschen aus Krakau in gesteppten Stiefeln vertraten dem Mädel den Weg:

„Wir werden dem Fräulein die Milch tragen ... Wo wohnt das Fräulein? Dort in der Chalupe?“

Das Mädchen warf den Burschen einen verschämten Blick zu. Ihr helles, rundes Gesicht wurde purpurrot. Ehe sie noch Zeit hatte, etwas zu sagen, hatten die beiden „Kavaliere“ sich der Milcheimer bemächtigt und marschierten erhobenen Hauptes der Hütte zu, als begleiteten sie nicht eine Bauerndirne heim, sondern eskortierten einen gefangenen Feind ...

Das Branntweinfaß war leer und vom Essen keine Krume übrig. Während die Mannschaft sich noch die Lippen leckte, waren schon die Unteroffiziere zur Stelle und formierten die Rekruten; sie teilten sie in Infanteristen mit Gewehr oder Sense und Kavalleristen und führten einen Zug nach dem anderen ab.

Die Truppen marschierten durch den Gutshof und im Bogen am Dorfe vorüber; weiter seitwärts, in östlicher Richtung, flatterte eine riesige schwarze Fahne mit weißem Kreuz. Dort wartete Komarowski; neben ihm stand Oberst Rochebrun — ein kleiner, schwarzer Mann; die Haut seines Gesichtes und seiner Hände war so gespannt, daß sie die unaufhörliche Bewegung seiner Muskeln sehen ließ, die tiefliegenden, klugen Augen standen nicht einen Moment still, und seine Fliege auf dem Kinn schien stets zu lächeln.

Die Rekruten blickten mit Stolz und Bewunderung auf Rochebrun, von dessen Heldentaten bei Miechow sie gehört hatten. Mordechai konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Franzose wie ein algerischer Jude aussah.

Sie wurden Mann neben Mann in einer langen Reihe aufgestellt. Rochebrun musterte jeden einzelnen Mann, stellte Fragen und machte Ausstellungen; dabei sprach er rasch, ohne sich darum zu kümmern, daß die Bauern ihn nicht verstanden und er sie — erst recht nicht. Die Bauern wagten schließlich kaum mehr etwas zu sagen; sie flüsterten leise miteinander und horchten den fremden Lauten, welche ihnen um die Ohren schwirrten: Französisch, Ungarisch, Italienisch, sogar Deutsch war zu hören, doch fast gar kein Polnisch. Über jeden Mann, der eine Uniform trug und ein Gewehr besaß, äußerte Rochebrun unbändige Freude und wiederholte immer wieder: Wir werden den Russen vertreiben! Traf er aber einen Rekruten in Zivilkleidung mit einem Pflock in der Hand, so fertigte er ihn hastig ab, indem er seinen Gehilfen zurief: „Jedem Mann einen Fez!“

Die Mannschaft erhielt rote türkische Feze mit schwarzen Quasten. Es sah wie eine Maskerade aus. Die Bauern drehten die Köpfe hin und her, blinzelten mit den Augen nach den Quasten und lächelten einfältig.

„Alles zu den Unteroffizieren!“

Ein Laufen und Hasten entstand, und während sich die kleinen Gruppen noch formierten, verkündete ein Trompetensignal, daß die Mittagszeit da sei.

Mordechai ging Kahane aufsuchen ... Einmal ums andere wurde er von einer Patrouille angehalten.

Im Gutshof war der Stab nicht zu finden. Mordechai wunderte sich, daß er gerade hier unbehindert eintreten konnte. In einem schmalen, langen Zimmer saßen, die Konfederatkas aus Lammfell auf dem Kopf, einige Adjutanten an den Tischen. Neben ihnen ein Durcheinander von Wurst, Brot, Revolvern, Schriftstücken, Mappen und einer Unmenge

Papieren. Mordechai salutierte. Ein Adjutant gähnte ihm ins Gesicht und fragte dabei:

„Was willst du?"

„Ich suche den Adjutanten Kahane."

„Er ist mit dem Stab in der Stellung."

Mordechai ging und fragte weiter nach dem Stabe. Niemand konnte ihm Auskunft geben. Man wies ihn bald nach links, bald nach rechts. Von allen Seiten strebten Soldaten der Krakauer Chaussee zu. Mordechai folgte ihnen. Ein bekanntes Gesicht kam ihm entgegen; es weckte ein Lächeln in Mordechai, doch er konnte sich zunächst absolut nicht des Namens entsinnen.

„Sie erkennen mich nicht, Panie Alter?"

„Blum!"

„Hier heiße ich nicht mehr Blum," und mit einer Verbeugung, „hier heiße ich Leon Finkelstein; ich bin britischer Untertan und Gewehrlieferant der polnischen Armee."

Während des Sprechens warf sich das kleine Männchen stolz in die Brust und machte ein gewichtiges Gesicht.

„Britischer Untertan? Wieso?" fragte Mordechai erstaunt.

„So ist es bequemer, Panie Alter; ich habe mehr Bewegungsfreiheit, die Grenzen stehen mir offen, und mit jedem Zug kommen Gewehre, und nicht nur Gewehre, sondern auch Sattelzeug, Riemenwerk, Patronentaschen. Und in Paris hat man mich verlacht und mich im Verdacht gehabt, daß ich von den ‚Weißen' und den ‚Roten' Unterstützungen empfange. Blum hat stets für Polen geblutet und wird es auch weiterhin tun!"

„Wie sind Sie aber britischer Untertan geworden?"

Das ist eben die Kunst, Panie Alter! Sie wissen ja, ein Jude weiß sich stets zu helfen! Auf Wiedersehen, ich bin jetzt sehr pressiert, ich habe noch eine Konferenz mit General Langewitsch. Heute oder morgen hören wir eine Neuigkeit, eine wichtige Neuigkeit, Panie Alter; vorläufig heißt es aber — Hand auf den Mund!"

Blum blähte sich auf, und mit der Miene eines Diplomaten ging er bedächtig von dannen.

Lächelnd sah ihm Mordechai nach, dann bog er zur Chaussee ab, an deren Seiten kleine, schmale, einspännige Wagen, wie sie die Juden haben, in Reihen standen. Auf den Wagen waren Eßwarenhandlungen, Schenken und Juwelierläden improvisiert. Soldaten gingen von Wagen zu Wagen, kauften und verkauften, schmückten sich mit Uhren, Ketten und goldenen Ringen, tranken stehenden Fußes eine Flasche Bier oder Wein und aßen dazu Wurst oder Hering — kurz, sorgten dafür, daß ihnen von der Löhnung kein Groschen in der Tasche blieb.

Eine Polin mit zwei schönen Töchtern machte den Juden Konkurrenz. Die Töchter boten frische Semmeln an; die Mutter hielt goldene und silberne Kreuzchen im Herumgehen zum Verkauf feil und tat, als sähe sie nicht, daß ihre Töchter Arm in Arm mit den Soldaten schäkerten und für einen Kuß mehr Geld bekamen als für zehn Wurstsemmeln.

Auf der Chaussee tauchten drei jüdische Bettler mit Säcken auf dem Rücken auf. Voran humpelte ein Krüppel an einer Krücke und plauderte wie ein guter Bekannter mit dem Stabschef, der neben ihm ging. Erstaunt wandte sich Mordechai an die zwei anderen Bettler:

„Was tut ihr hier, Juden?"

„Was Eure Kavallerie nicht auskundschaften kann, das kundschaften wir aus", warf ein kleiner roter Jude selbstbewußt hin.

„Was heißt das?"

„Wir sind beim Stab; wir bringen nämlich die verläßlichsten Nachrichten", antwortete der rote Bettler bereitwillig.

„Und werdet Ihr dafür bezahlt?"

„Wir werden bezahlt, der mit der Krücke arbeitet unentgeltlich."

Mit dem Wort „Spion" hatte Mordechai stets die Vorstellung von einer hageren, langen Gestalt verbunden, doppelzüngig und schlüpfrig wie ein Blutegel; und jetzt sah er jüdische Bettler mit stumpfsinnigen, hungrigen Augen vor sich, hörte von der Opferwilligkeit des Bettlers mit der Krücke; das Wort „Spion" klang ihm nicht mehr verächtlich.

Von einer Anhöhe nahte der Stab. Langewitsch, Czechowski, Jezioranski und zwei Priester schritten inmitten der Adjutanten, die mit ihren prunkenden Uniformen ganz und gar nicht zu einer Armee von Aufständischen paßten.

Während Mordechai noch vergeblich unter ihnen Kahane suchte, faßte ihn dieser am Arm:

„Seit Mittag bin ich auf der Suche nach dir; ich war schon bei Komarowski. So eine Armee hast du dir wohl nicht träumen lassen und so eine Stab erst recht nicht, was? Diktator werden — schön; dann muß aber auch alles danach sein! Wenn Napoleon einen Stab hatte und Zar Alexander II. einen Stab hat, warum soll Langewitsch nicht auch einen haben?"

„Wird denn Langewitsch Diktator?" fragte Mordechai; dabei fiel ihm Blums geheimnisvolle Äußerung von der wichtigen Neuigkeit ein, die es heute oder morgen im Stabe geben würde.

Fortsetzung folgt.

Bekanntlich ist Dr. Bruno Weil als Kandidat an aussichtsreicher Stelle auf die Reichstagswahlliste gesetzt worden. Es sind aber auch andere Vorgänge gefolgt, die Anlaß geben, die Bekundung offenen Mißtrauens gegenüber der Deutschen Staatspartei zurückzustellen. Wenn ich in meinem Aufsatze davon sprach, daß „wir glauben mit Sicherheit aussprechen zu können, daß die Deutsche Staatspartei eine judenfeindliche Poliik abwehren wird", so erfolgte diese Redewendung aus intimster Kenntnis gewisser Vorkommnisse der allerletzten Zeit. Poltische Vorgänge von besonderer Tragweite und Feinnervigkeit verlieren unter Umständen ihren Sinn und ihre Meinung, wenn sie in der Öffentlichkeit laut ausgesprochen werden. Infolgedessen muß ich mir es ersparen, die erwähnten Vorgänge hier breitzutreten. Nicht etwa, weil sie das Licht der Öffentlichkeit scheuen müßten. Aber wir haben genug traurige Erfahrungen in der Richtung gesammelt, daß alle Begebenheiten, die mit der jüdischen Frage irgendwie zusammenhängen, von böswilliger Seite entstellt und verzerrt und zum Gegenstand der Hetze und Lüge für demagogische Zwecke gemacht werden. Wir haben alle kein Interesse daran, daß diese Begebenheiten der Verzerrung und Entstellung durch die antisemitische Presse anheimfallen und dadurch unter Umständen in ihrer Auswirkung gehemmt werden.

Ich wiederhole auch nochmals meine Feststellung, die ich in Ihrer letzten Nummer machen durfte: daß die Entwicklung der Deutschen Staatspartei vorläufig ein Problem ist, nicht nur in bezug auf das Zusammenwirken der heterogenen Teile innerhalb der Partei, vielleich auch vom jüdischen Standpunkte aus gesehen. Aber dadurch, daß wir von vornherein durch einseitige Behauptungen und Feindschaftserklärungen die friedsame Entwicklung stören, fördern wir die Sache nicht. Ich habe persönlich nicht das geringste Interesse, für die Staatspartei Propaganda zu machen. Aber im Interesse der deutschen Juden muß zur Gerechtigkeit in der Beurteilung aufgefordert werden von der Seite, die die inneren Verhältnisse mehr oder weniger kennt.

Aus Gründen der inneren Klarheit möchte ich auch darauf hinweisen, daß die Ablehnung der Kandidatur Georg Bernhard nicht etwa aus Gründen der Judengegnerschaft sondern aus anderen Gründen erfolgte, die mit dem Umstande zusammenhängen, daß Georg Bernhard im Begriffe steht Syndikus des Warenhausbesitzer-Verbandes zu werden.

Ich wäre Ihnen sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie die Güte haben würden, die vorstehenden Ausführungen im Interesse der Sache in der nächsten Nummer Ihres Blattes zu veröffentlichen.

In vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener

Dr. Ludwig Freund.

Dreyfus im Film

Zur Aufführung des Richard Oswald Sprechfilms „Dreyfus" im Phöbus-Palast

Die „affaire", die Frankreich, Europa, die Welt 12 Jahre beschäftigte, hatte neben ihrer Bedeutung als Kampf eines Einzelnen zu Unrecht Verurteilten und seiner Familie um das Recht, drei Aspekte: einen französisch-politischen, einen europäisch-politischen und einen jüdischen. Vom Beginn des Prozesses an ist es allen Beteiligten direkt oder indirekt — am wenigsten vielleicht noch Alfred Dreyfus selbst — klar, daß jede Entscheidung, wie immer sie auch fallen würde, politische Konsequenzen höchsten Ausmaßes im Gefolge haben mußte: die Militärs mit dem Kriegsminister kämpften um ihre Positionen, um ihren Einfluß in der noch jungen französischen Republik, um Macht und Vorherrschaft der Armee im Staat und um dieser Zwecke willen glaubten sie über das Schicksal eines Einzelnen hinweggehen, das Recht mißachten zu können. Wie sich aus der eigentümlichen französischen Konstellation der neunziger Jahre daraus nun weiter die Ereignisse entwickelten, wie Minister und Präsidenten in die Affäre verwickelt wurden, kamen und gingen, wie schließlich im Kampfe pro und contra Revision das ganze französische Volk in zwei Parteien zerfiel, die sich überaus heftig befehdeten, wie es fast zu einem Staatsstreich kam und wie schließlich dieser Dreyfus-Prozeß eine Reinigung der französischen politischen Atmosphäre, eine Erneuerung der Verwaltung und eine Festigung der Republik im Gefolge hatte, das darzustellen, wäre allzu verwickelt, man sollte nicht versäumen es in den ausgezeichneten Darstellungen nachzulesen, die unlängst aus der Feder von Walter Steinthal (Verlag Oesterheld, Berlin) und Bruno Weil (Verlag Dr. Walter Rothschild Berlin) erschienen sind. Dort wird man auch Aufklärung finden, über die europäische Bedeutung der Angelegenheit. Gleichgültig welche Darstellung der Vorgänge richtig ist, ob diejenige, die wissen will, daß man im Januar 1895 unmittelbar vor dem Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges gestanden habe, ob die andere. die eine so gefährliche Situation doch nicht für gegeben erachtete — daß die Affäre infolge der unklaren Spionagetätigkeit der Militärattachés ernsthafte diplomatische Verwicklungen mit Deutschland nicht nur, sondern auch mit Italien mit sich brachte und so große Teile Europas in Mitleidenschaft zog, ist bekannt. Daher ist auch leicht verständlich, daß die in Frankreich herrschende Erregung auf andere Länder übergriff.

Von der jüdischen Bedeutung der Affäre wird man auch in den angeführten Büchern wenig erfahren. Gewiß, überall wird festgestellt, daß es der im französischen Offizierskorps herrschende Antisemitismus war, der Dreyfus in starkem Maße auch da verdächtig machte, wo man jeden anderen für unverdächtig gehalten hätte; es wird kein Zweifel darüber gelassen, daß der Verlauf der Ereignisse antisemitische Instinkte wachrief und es wird berichtet, daß Plünderungen jüdischer Geschäfte stattfanden, daß es in Algier zu einem veritablen Judenpogrom kam — aber diese Tatsachen allein besagen noch nichts über die Bedeutung der Dreyfus-Affäre in der Geschichte des modernen Judentums. Man wird sie darin finden müssen, daß hier die Idee der Assimilation vollständig ad absurdum geführt wurde. Dreyfus, ein französischer Chauvinist, der zum Judentum wenig oder gar keine Beziehungen mehr hatte, eben dieses Judentums wegen verfolgt — Frankreich, das Land, das als erstes den Juden die Emanzipation gegeben hatte und in dem man sie hundertprozentig erreicht glaubte, von antisemitischen Fieberkrämpfen geschüttelt — die Dreyfus-Affäre war und bleibt der vollgültige Beweis, daß der Fortschritt der Zivilisation, die Gewährung der Gleichberechtigung die Judenfrage nicht löst, ebensowenig wie die nahezu restlose Assimilation der Juden an ihre Umgebung, daß mit der Existenz der Juden auch die Existenz einer Judenfrage gegeben ist, die aus ihrem latenten Zu-

stande durch irgendein Ereignis, dieser oder jener Art, immer wieder herausgerissen und öffentlich verhandelt wird. Und es ist darum mehr als ein bloßer Zufall, daß dieser tiefsten Erniedrigung, der das Judentum des neunzehnten Jahrhunderts ausgesetzt war, der Keim zu seiner Befreiung, seiner moralischen und faktischen Befreiung entsproß. Unter den Pressevertretern, die bei der Degradation Dreyfus' anwesend waren, befand sich auch Theodor Herzl, damals Pariser Korrespondent der „Neuen freien Presse" — die Eindrücke des Dreyfus-Prozesses erschütterten ihn und änderten seine Haltung zum Judentum von Grund auf; noch im Jahre 1895 schrieb er den „Judenstaat" und begann so mit der Grundlegung des politischen Zionismus ein neues Blatt in der Geschichte der Juden.

Was von alledem zeigt der Sprechfilm Richard Oswalds (Manuskript Heinz Goldberg, Dr. Fritz Wendhausen), was kann er zeigen? Wenig. Er bleibt seiner Natur nach an der Oberfläche der Ereignisse haften und es gelingt ihm kaum die tiefere Bedeutung dieser Geschehnisse klar zu machen. Vielleicht hätte wenigstens der Versuch unternommen werden können, die Auseinandersetzung zwischen dem Alten und dem Neuen Frankreich, ihre sozialen Voraussetzungen und tiefgreifenden Wirkungen zu veranschaulichen. So wie er ist, beschränkt sich der Film auf die Darstellung ausgewählter, wie man zugeben muß, sehr geschickt ausgewählter Szenen aus dem Kampfe der Familie Dreyfus um ihr Recht. Er gibt historische Reportage, eine Reportage, die allerdings dank der samt und sonders hervorragenden Darsteller und Sprecher ein eindrucksvolles und wohl auch ziemlich treues Bild der Geschehnisse vermittelt. (Leider kann man gerade dies nur mit Einschränkungen sagen. Es war sicherlich nicht möglich, den Fall in seiner ganzen Kompliziertheit aufzurollen und vom dramatischen Gesichtspunkt aus vielleicht auch nicht zweckmäßig; wenn man aber auf historische Reportage, d. h. doch auch auf Wahrheit ausging, dann war es gewiß nicht nötig, manche Vorgänge in ihr absolutes Gegenteil umzubiegen. Nach der Darstellung Steintals, auf die hier verwiesen sei, war es nicht die Familie Dreyfus, die sich sträubte, ein Gnadengesuch einzureichen; keinesfalls aber wurde sie von Picquart zu dieser Maßnahme gedrängt, der sie ihr und vor allem Mathieu Dreyfus vielmehr so sehr verübelte, daß es zu einem schlimmen Zerwürfnis kam. Als Mathieu Dreyfus während einer Verhandlung des Kassationshofes im Jahre 1906 den Zeugen Picquart, den er seit dem Zerwürfnis von 1900 nicht mehr gesehen hatte, die Hand hinstreckte, da drehte ihm Picquart schroff den Rücken zu, verweigerte die Hand. Es wäre schön, wenn der Film recht hätte, aber er hat es nun einmal nicht; er hat es auch in andern Einzelheiten nicht. Unbedingt hätte das Attentat auf Labori 1899 dargestellt oder erwähnt werden müssen!)

Der Kenner wird vielleicht noch manches andere auszusetzen haben; trotzdem wird jedermann zugeben, daß von dem Film eine tiefe Wirkung ausgeht, daß das Geschick Dreyfus' hier unmittelbar zu den Menschen spricht, daß es gelungen ist, Athmosphäre und Stimmung dieses großartigen Kampfes um Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu vergegenwärtigen. Es ist das passive Heldentum Dreyfus (Kortner), das ergreift, die ungeheure Zähigkeit und Kraft seiner Unschuldsbeteuerung, die Männlichkeit, mit der er die Degradation erleidet — es ist das aktive Heldentum der Picquart und Zola, das nicht minder ergreift und erhebt. Picquart in der Verkörperung Bassermanns, das ist der eigentliche Held der Affäre, das ist der Mann, „der nie etwas Anderes zu tun glaubt, als das Allereinfachste, der gar nicht begreift, daß man auch anders handeln kann, als Karriere, Rassenvorurteile aufzugeben und zuletzt, das nackte Leben zu exponieren für das einfache dürftige Ding Wahrheit". Und der Zola Georges ist der leidenschaftliche Bannerträger der Gerechtigkeit, der in gefährlichster Stunde Ansehen und Leben um ihretwillen aufs Spiel setzt und seine erschütternde Anklage erhebt, die die endliche Reinigung herbeiführen wird. (Er hat sie nicht mehr erlebt.) Dieser Zola Georges ist groß, selbst da wo ihm zugemutet wird, in einer unmöglichen Szene Worte aus dem Manifest an die Jugend zu sprechen. Diese Worte, sind sie nicht beängstigend aktuell?! „Hundert junge Männer auf der Straße machen mehr Lärm als zehntausend fleißige Arbeiter in den Werkstätten."

Vielleicht werden diese Worte gehört und vielleicht werden sie — aber das wagt man kaum zu hoffen — auch verstanden. Und vielleicht wird an diesem großen geschichtlichen Beispiel, von dem nicht genug gesprochen werden kann und das man auch in diesem Film auf sich wirken lassen sollte, sich die Leidenschaft für die Gerechtigkeit entzünden, die unserer Zeit so nötig ist wie irgend einer. An Fällen ungerechter Verurteilung aus Rassenhaß zur Bewährung wird es nicht fehlen, noch immer verbüßt etwa der jüdische Student Philipp Halsmann eine Strafe für ein Verbrechen, das er nicht begangen hat. Die „Dreyfus-Affäre" ist keine abgetane Historie, sie ereignet sich immer wieder unter allen Völkern und immer wieder betrifft sie Juden. Und darum heißt es für jeden Einzelnen immer für die Gerechtigkeit kämpfen — und nur wem der Film dies sagt, der hat ihn verstanden. I. E.

Aus der jüdischen Welt

Fünfzigjährige Jubiläumsfeier des Jüdischen Lehrervereins in Bayern

Würzburg, 25. August. (JTA.) Die 50jährige Jubiläumsfeier des Jüdischen Lehrervereins in Bayern wurde am 24. August mit der ordentlichen Generalversammlung bei Anwesenheit von über 150 Lehrern eröffnet. Nach einer herzlichen Begrüßung durch den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Würzburg, Herrn Justizrat Dr. Haas, erstattete der 1. Vorsitzende Rosenfeld den Geschäftsbericht über das Jubiläumsjahr, an welchen sich eine sehr lebhafte Debatte anschloß. Vor allem sind es die Beschlüsse der jüngsten Tagung des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden zur Beamtenbesoldung, welche die Lehrerschaft sehr beunruhigen. Das Mißvergnügen wird noch dadurch vertieft, daß der Eindruck vorherrscht, als ob die geplanten Sparmaßnahmen nicht alle Beamtenkategorien gleichmäßig treffen, sondern nur speziell die Lehrer beeinträchtigen würden. Trotzdem hat die Lehrerschaft Bayerns die Zuversicht, daß ihr von Seiten des Verbandes Gerechtigkeit werden wird, was auch darin zum Ausdruck kam, daß aus Anlaß des Jubiläums der Präsident des Rates des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden einstimmig zum Ehrenmitglied des Vereins ernannt wurde. — Ernster Protest wurde gegen das bayerische Schächtverbot erhoben, das als eine schwere Verletzung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden empfunden wird.

Der offizielle Festakt am Montag vormittag nahm einen besonders glanzvollen Verlauf. Neben dem 1. Vorsitzenden des Vereins feierten den Jubiläumstag die Herren Regierungsschulrat Dr. Schmidt im Namen der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg, Kommerzienrat Braunschweiger (Würzburg) für den Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden, Rabbiner Dr. Stein (Schweinfurt) und Rabbiner Dr. Hanover (Würzburg) für die Bayerische Rabbinerkonferenz, letzterer zugleich auch namens der Frankenloge Würzburg, Stadtschulrat Walle namens der Stadt Würzburg, Justizrat Dr. Haas im Namen der Israelitischen Kultusgemeinde Würzburg, Studiendirektor Stoll namens der Israelitischen Lehrerbildungsanstalt Würzburg, der Präparandenschule Höchberg und der staatlichen Lehrerbildungsanstalt Würzburg, Oberlehrer Troll (Würzburg) namens des Bayerischen Lehrervereins, Oberlehrer Steinhard (Magdeburg) für den Reichsverband jüdischer Lehrer-Vereine Deutschlands und den Preußischen Israelitischen Lehrerverein, Kaufmann (Tauberbischofsheim) für den badischen, Kahn (Alsfeld) für den hessischen, Heimann (Plauen) für den mitteldeutschen und den sächsischen Lehrerverein und Schottland (Frankenthal) für die Vereinigung der israelitischen Kantoren und Lehrer in der Pfalz. Begrüßungstelegramme und Glückwunschschreiben waren eingetroffen vom Bayerischen Staatsministerium für Kultus und Unterricht, vom Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden, vom Regierungspräsidenten von Unterfranken und von vielen Organisationen, Brudervereinen und bedeutenden Persönlichkeiten des jüdischen öffentlichen Lebens. Der Festredner, Dr. Fränkel (Augsburg), konnte sich in seinem Vortrage: „Der jüdische Lehrer von heute" kurz fassen, da die Redner in ihren Worten das Thema mannigfach illustriert hatten. Der Festakt war würdig eingerahmt von zwei wohlgelungenen hebräischen Chören unter Leitung von Oberlehrer Hellmann (Würzburg).

Reichstagswahlausschuß 1930

Berlin, 21. August. (JTA.) Auf Veranlassung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens traten — wie der JTA. mitgeteilt wird — am Mittwoch, dem 20. August, Vertreter des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten und der Großloge für Deutschland U.O.B.B. zu einem Reichstagswahlausschuß 1930 zusammen.

Unter dem Vorsitz von Rechtsanwalt Dr. Bruno Weil, stellvertretendem Vorsitzenden des Central-Vereins und unter Mitwirkung von Kurt Blumenfeld, Präsidenten der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, sowie in Anwesenheit des Vorsitzenden des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, Dr. Leo Löwenstein, konstituierte sich der Ausschuß nach einem Referat des Syndikus des Central-Vereins, Dr. Alfred Wiener, der zum Vorsitzenden des Ausschusses bestimmt wurde. Zu Geschäftsführern des Ausschusses wurden Dr. Alfred Hirschberg, Stellvertretender Syndikus des Central-Vereins, sowie ein Mitglied der Zionistischen Vereinigung, dessen Persönlichkeit noch nicht feststeht, bestellt.

Der Zweck des Ausschusses besteht in der Erfüllung der Aufgaben, die zum Wohle der deutschen Juden von allen Organisationen gemeinsam erfüllt werden können. Insbesondere soll der Ausschuß finanzielle Mittel neben den Sammlungen der Organisationen beschaffen.

Die im Ausschuß vertretenen Organisationen stimmen darin überein, daß es sich bei diesem Ausschuß um keinerlei Gesinnungskompromisse handelt und daß die eigene Tätigkeit der Organisationen durch die Existenz des Ausschusses in keiner Weise geändert werden soll.

Eine wichtige Reichsgerichtsentscheidung: Kein Richter darf wegen seines Glaubensbekenntnisses abgelehnt werden!

Berlin, 21. August. (JTA.) Wie die JTA. bereits mitgeteilt hat, hat das Schöffengericht Hindenburg (Oberschlesien) dem Ablehnungsantrage eines nationalsozialistischen Angeklagten gegen einen richterlichen jüdischen Beisitzer stattgegeben. Die völkische Presse veröffentlichte diesen Beschluß mit Frohlocken. Die „C.-V.-Zeitung" teilt hierzu mit:

Auf die kultur- und rechtspolitische Seite dieser Angelegenheit einzugehen, ist hier nicht am Platze. Dagegen trifft es sich günstig, daß gerade jetzt im letzten Heft der „Juristischen Wochenschrift" Nr. 33, vom 16. August 1930, auf Seite 2560, Nr. 26, eine reichsgerichtliche Entscheidung veröffentlicht wird, die den Beschluß des genannten Schöffengerichts als gesetzwidrig kennzeichnet.

Der vom Reichsgericht behandelte Fall betrifft zwar die katholische Kirche, jedoch ohne weiteres auf Grund seiner allgemeinen Ausführungen auch die jüdische Religionsgemeinschaft. Das Reichsgericht führt an den entscheidenden Stellen folgendes aus:

„Gegen die Grundsätze, von denen sich das Gericht bei der Zurückweisung des Ablehnungsantrages hat leiten lassen, bestehen keine rechtlichen Bedenken... Die allgemeinen Ausführungen, die die Gefahr der Befangenheit eines katholischen Richters in einem Teil der hier fraglichen Art dartun sollen, konnten die Ablehnung nicht rechtfertigen, denn für den Richter besteht die Pflicht, unbeirrt durch die Rücksicht seines Glaubensbekenntnisses die Staatsgesetze anzuwenden, so daß er, vor einen Gewissenswiderstreit gestellt, von sich aus für den fraglichen Fall von der Ausübung des Richteramts absehen müßte. Erklärt also der Richter, sich nicht befangen zu fühlen, also in der Lage und bereit zu sein, unbeirrt durch seine Zugehörigkeit zu einem gewissen Glaubensbekenntnis zu urteilen, so kann auch von dem verständigen Standpunkt eines Angeklagten aus kein Grund bestehen, in eine eingenommene Ausübung des Richteramts durch diesen Richter Zweifel zu setzen."

Die Hitler-Gruppe in Dolgesheim aufgelöst

Berlin, 20. August. (JTA.) In dem rhein-hessischen Orte Dolgesheim haben bekanntlich die Nationalsozialisten den Wein-Kommissionär und Reichsbannermann Frank gewaltsam von Haus und Hof vertrieben. Jetzt hat der zuständige Kreisdirektor auf Grund des § 2 des Reichsvereinsgesetzes die Ortsgruppe Dolgesheim der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei aufgelöst, weil aus ihrem Verhalten hervorgeht, daß ihr Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft.

Hitler-Zellen bei der „Mitropa".

Berlin, 20. August. (JTA.) Das sozialdemokratische Hauptorgan „Vorwärts" schreibt: „Vor uns liegt ein Flugblatt an die Mitropa-Angestellten, in dem diese zu einer „Gründungsversammlung einer N.S.-Betriebszelle" eingeladen werden. Vorgearbeitet ist ja in der Mitropa schon fleißig. Das leitende Personal und auch das Aufsichtspersonal

ist — zweifellos unter tätiger Mithilfe des Personalschefs — von Nationalsozialisten durchsetzt... Im übrigen ist die Haltung der Generaldirektion der Mitropa derart, daß das leitende Personal annehmen kann, die Förderung der Nationalsozialisten ist erwünscht. Vielleicht hängt demnächst am Eingang der Speise- und Schlafwagen der Mitropa ein Zettel mit der Inschrift: „Juden. Ausländer und Republikaner haben hier keinen Zutritt.“

Lucien Wolf gestorben

London, 24. August. (JTA.) Am Samstag, dem 23. August, abends, ist der bekannte jüdische Politiker und Publizist Lucien Wolf im Alter von 73 Jahren in London verstorben.

Neue antisemitische Ausschreitungen in Rumänien

Bukarest, 23. August. (JTA.) Die oppositionelle Zeitung „Adeverul“ meldet aus Bessarabien, daß im Balti-Kreis, wo die Juden schon früher unter dem Terror der Antisemiten gestanden haben, und wo mehrmals schwere antisemitische Ausschreitungen stattgefunden haben, aufs neue antisemitische Exzesse ausgebrochen sind.

In dem Kurort Tekirniol veranstalteten Mitglieder der „Eisernen Garde“ antisemitische Skandale und überfielen jüdische Einwohner und Kurgäste.

Bukarest, 23. August. (JTA.) In der letzten Zeit kamen in Bessarabien, insbesondere im Kreis Balti, weitere antisemitische Ausschreitungen vor. Im Dorfe Sturdzowka wurden die jüdischen Bürger Abraham Schönfeld, David Schönfeld, Schlomo Weißmann und Hersch Sadigurski schwer verletzt und beraubt. Auf den Feldern von Abraham Schönfeld haben die Cuzisten das Getreide niedergebrannt. Drei Cuzisten drangen in das Haus des jüdischen Bürgers Saul Gertowski ein, und verletzten das Familienoberhaupt durch einen Revolverschuß am Kopfe. Seine Gattin wurde mißhanhandelt und gefesselt, sodann wurde die Wohnung und der Laden zerstört und ausgeraubt.

* * *

Einen Bericht über den ersten Weltkongreß der Schomre Schabbos mußten wir wegen Patzmangels für die nächste Nummer zurückstellen.

Die Red.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Hebräische Sprachkurse München. Der Unterricht in sämtlichen Kursen beginnt aus technischen Gründen erst Montag, den 8. September. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Schekelaktion 5690. Die Schekelaktion muß am 31. August beendet werden. Sämtliche Schekelblockinhaber werden daher dringend aufgefordert, die gesammelten Schekelgelder und die Schekelblocks sofort im Ortsgruppenbüro, Herzog-Rudolf-Straße 1, abzuliefern.

Bar-Kochba. Damen- und Mädchenabteilung. Der Turnbetrieb wird ab Montag, den 1. September, wieder aufgenommen. Sämtliche Mitglieder werden dringend aufgefordert, vollzählig am Turnboden zu erscheinen.

Bar-Kochba. Kinderabteilung. Mittwoch, den 3. September, beginnt wieder der Turnunterricht. Sämtliche Eltern werden gebeten, ihre Kinder wieder regelmäßig zum Turnen zu schikken. Kinderabteilung I turnt von 3 bis 4 Uhr, Kinderabteilung II von 4 bis 5 Uhr in der Jüdischen Volksschule.

Das Jüdische Kammerorchester München wird am Mittwoch, dem 3. September 1930, um 20.15 Uhr pünktlich seine durch die Sommerferien unterbrochenen Übungsabende im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, Rgb., Erdgeschoß, wieder aufnehmen. Leitung: cand. med. Heinrich Lamm. Streicher und Bläser sind herzlich willkommen. Anmeldungen in den Übungsabenden, die regelmäßig Mittwochs zur angegebenen Zeit im Lessingsaal stattfinden.

Das Orchester beabsichtigt, in der ersten Oktoberwoche eine Abendmusik mit Stücken von Telemann, Mozart und anderen zu veranstalten.

Im vergangenen Sommerhalbjahr hat das Orchester bei dem Festakt zur Eröffnung der Tagung des Landesverbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden im alten Rathaussaal mit gutem Erfolg mitgewirkt. Es ist wahrscheinlich, daß es auch im kommenden Winterhalbjahr des öfteren Gelegenheit haben wird, sich öffentlich hören zu lassen.

Das Orchester weist wiederum darauf hin, daß Bläser bei ihm stets willkommen sind; es bittet also, bei der Frage, welches Instrument einer lernen will, auch an die Blasinstrumente zu denken, was sich schon deshalb empfiehlt, weil die meisten Blasinstrumente leichter und in kürzerer Zeit zu erlernen sind, als Klavier und Streichinstrumente, weiterhin aber auch deshalb, weil ein Bläser immer einen gewissen „Seltenheitswert“ besitzt, d. h. auch wenn er weniger kann als ein Streicher oder Klavierspieler, mehr Aussicht hat, kammermusikalischen Anschluß zu finden als diese.

Jüdischer Gesangverein E. V., München. Die Proben für unser neues Vereinsjahr beginnen am Dienstag, dem 2. September 1930, abends 8.30 Uhr, im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1. Wir bitten unsere aktiven Mitglieder recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen, besonders im Hinblick auf das Konzert anläßlich der zehnjährigen Grundungsfeier!

A. H.

Verein Talmud-Thora-Schule, München. Es wird bekanntgegeben, daß der Unterricht an der Talmud-Thora-Schule, Klenzestraße 34, am 1. September vormittags 9 Uhr beginnt. Neueinschreibunwerden am 1. und 2. September von 11 bis 12 Uhr vormitags entgegengenommen. Der Vorstand.

Keren Kajemeth Lejisrael

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912
Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 37
vom 13. bis 26. August 1930

Münchener Ölbaumhain: Die Wanderrunde Alp. Grüm auf den Namen ihres Führers Dr. Josef Münz 1 Baum 6.—.

Büchsen: geleert durch Herrn Ludwig Schenirer: Oskar Laufer 6.60; Kom.-Rat Isidor Bach 5.—; H. Schild 14.35; Jos. Hirsch 3.20; Frz. Weiß 2.80; Dr. E. Wellisch 2.55; Eugen Spiegel 2.—; Dr. L. Feuchtwanger 1.10 = 31.—. Summa: 43.60.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1929: 7221.60 RM,

Benützt bei allen Anlässen die Telegramm-Ablösungsformulare des Jüdischen Nationalfonds. Preis 50 Rpf. Erhältlich im Büro des J.N.F., Herzog-Rudolf-Straße 1.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Spenden im „Jüdischen Echo“ ausgewiesen werden können, die spätestens Dienstag jeder Woche aufgegeben und einbezahlt wurden im

Büro des Jüdischen Nationalfonds,
Herzog-Rudolf-Straße 1.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 22. August 1930

Spendenbuch: gesammelt auf der Hochzeit Nußbaum-Sutra. (Nathan Nußbaum 10.—; Schmuel Sutra 8.—; Mordechai Kleiner, Moscheh Josef Kleiner, Schalom Kleiner, Pinchas Kleiner je 5.—; Nathan Nußbaum, Frankfurt, 3.25; Meier Kleiner 3.—; Löb Nußbaum 2.—; Herschel Nußbaum, Meier Nußbaum, Josef Nußbaum je 1.—; Mordechai Kleiner 2.—) = 51.25. Herr und Frau Dr. Steckelmacher anl. Barmizwah ihres Sohnes Wolfgang 20.—; Herr und Frau Leo Weigert anl. der Geburt ihrer Tochter Ingeborg 5.—.

Goldene-Buch-Eintragung Lord Balfour: es gratulieren zur Hochzeit Nußbaum-Sutra M. Wilpred und Frau 2.—.

Wertzeichen: 2 KKL-Telegramme Simon Meller 1.—; 2 KKL-Telegramme Dr. Margot Riesenfeld 1.—; 2 KKL-Telegramme Max Gorski 1.—.

Büchsen: Joelsohn 24.28; Zionistische Ortsgruppe 8.—; Otto Dietenhöfer 7.35; Martin Klein 7.27; Dr. B. Kronacher 5.90; Elkan 5.—; Bernstein S. 4.42; Frank 4.30; Löwenberger 3.20; Paul Willner 3.11; Reiner Hirsch 3.—; 19 Büchsen unter 3.— = 28.16 = 103.99. Zusammen: 185.24.

Seit 1. Oktober 1929 aufgebracht 7161.32 RM.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.